

BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER

Berlin, den 25. Mai 2009

Die katholische Sozialethik als Regulator der Globalisierung

I. Warum ist die soziale Marktwirtschaft (SMW) neu angefragt?

1. Das 60. Gründungsjubiläum erlaubt uns zu Beginn einen kurzen Blick in die Anfänge. 1949! Die Zeit des Aufbaus auf den Trümmern des zweiten Weltkriegs. Was stand zur Verfügung nach der ideologischen Niederlage des III. Reiches? Der Mensch, der in seiner unantastbaren Würde dem Wahnsinn überlebt hatte, und die Ethik, die sich im Widerstand behauptet hatte, und dieser Würde entsprach. Es galt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, die Werte, welche die Gesellschaft prägen, wieder zu beleben. Die christliche Sozialethik war vorhanden. Sie war zusammen mit dem ordoliberalen Denken der modernste und glaubwürdigste Ansatz der Erneuerung. 1949 ist das Jahr des Grundgesetzes und der Anfänge der Sozialen Marktwirtschaft.

2. Sechzig Jahre später hat die Landschaft sich verändert. Jahrzehnte Erfolg der Marktwirtschaft, Niederlage des Kommunismus, Globalisierung der Weltwirtschaft, und nun stehen wir wieder vor einer Zeit des neuen Aufbaus. Die Krise zeigt dass Freiheit ohne Regel zum Chaos führt. So heißt es jetzt, die Ethik muss zurück. Wir brauchen wieder Werte, Regeln, Richtlinien.

In den Jahren des steigenden Wohlstandes hat man sich vielleicht weniger Gedanken um das Gemeinwohl gemacht. Das Wachstum hat dafür gesorgt. Fast automatisch. Ohne Bindung an ethischen Grundsätzen gibt es aber keine dauerhafte Wirtschaftsordnung. Warum? Ethik ist kein zusätzliches Luxusprodukt, das man sich gönnen kann, wenn alles gut geht. Ethisch korrektes Verhalten ist eine zentrale Forderung an zwischenmenschliches Handeln.

3. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft hat sich durchsetzen können, weil es von der Gesamtgesellschaft getragen war und in einer freiheitlichen politischen Ordnung eingebunden war. Der Markt muss frei sein in einem Rahmen, der ihn an die Entwicklung der Gesellschaft bindet. Der freie Markt darf diesen Rahmen nicht selbst bilden. Es gibt keine Alternative zum freien Markt, aber auch keine zum Gemeinwohl. Die Sozialethik stellt die Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft, und die Gesellschaft steht im Dienste der menschlichen Person. Dies ins Gedächtnis zu rufen ist keine Rhetorik. Wir haben aus der Erfahrung gelernt: erstens, dass die Marktwirtschaft eine Bedingung ist für Fortschritt, Schaffung von Reichtum, soziale Entwicklung; und zweitens, dass der Markt ohne Zügel zum Selbstzweck wird und das Gemeinwohl aus dem Blick verdrängt.

Die Frage nach einem tragfähigen Wirtschaftsmodell ist heute nicht mehr so einfach wie vor 60 Jahre. Eine Nationalökonomie lässt sich steuern. Die globalisierte Ökonomie des Weltmarktes bewegt sich in einem freien Raum, in dem keine regulierenden Organe ihm Ziel setzen und für Ausgleich sorgen.

II. Ist eine Regulierung der Weltwirtschaft überhaupt denkbar?

4. Gehen wir von einigen Fragen aus: Hat sich die SMW an die Ethik gehalten oder hat sie sich autonom nach der Logik des Marktes entwickelt? Haben wir den ethischen Diskurs an die Marktwirtschaft angepasst oder haben wir der Wirtschaft die notwendigen Korrekturen auferlegt, um der Ethik Recht zu tragen?

Das Urteil über die heutige Lage der SMW kann manchmal sehr scharf formuliert werden. So lesen wir im Rheinischen Merkur vom 19 Februar dieses Jahres von einem hohen Verantwortlichen der Arbeitgeber: „Die Mehrheit der Deutschen glaubt nicht mehr an die SMW und hält sie für ungerecht. Dazu kommt noch, dass sie sie für ineffizient betrachten“. Diese Bemerkung ist ernst zu nehmen. Das beste System erschöpft sich, wenn es nicht mehr von innen, das heißt von allgemein akzeptierten Werten getragen wird.

5. Eines haben wir von der Krise gelernt: der Weltmarkt ist außer Kontrolle geraten. Die internationalen Organisationen wie der Währungsfond, die Weltbank, das GATT haben ja solche Aufgaben. Ihnen ist es nicht gelungen, das Phänomen Wirtschaft zu steuern. Sie haben bloß zugeschaut. Nach dem G20-Gipfel vom April d.J. sind diese Behörden zwar wieder aktiviert worden. Was ist aber ihr Ziel? Auf den Stand vor der Krise zurückzugehen? Oder ist die internationale Gemeinschaft bereit, ein *New Deal* auszudenken, das mutig alle Parameter in Angriff nimmt?

Was ist gemeint mit Regulierung des Marktes? Hier kommt ins Spiel, was die KSE über Wirtschaft und Gesellschaft, über Mensch und Verantwortung zu sagen hat. Wir brauchen heute auf der internationalen Ebene einen ähnlichen Konsens, wie es im Bereich der sozialen Marktwirtschaft der Fall war.

III. Der differenzierte Ansatz der katholischen Sozialethik (KSE).

6. Die KSE geht von dem aus, was sein sollte. Sie bewegt sich nicht in einem abstrakten idealen Raum, sondern versteht die Bedingungen der Wirtschaft so, dass sie sie immer auf den Menschen zurückführt. Aus diesem Ansatz entspringt eine Hierarchie der Werte.

Nicht der Mensch ist für die Wirtschaft geschaffen, sondern die Wirtschaft für den Menschen. Der Ausgangspunkt der gesamten Ethik ist die menschliche Person. Sie geht der Gesellschaft und dem Staat voraus. In ihrem Kern ist sie unverfügbar.

Der Mensch ist ein soziales Wesen. Um sich zu verwirklichen, bedarf er vielfältiger Beziehungen zu anderen Menschen, angefangen bei den Eltern, der Familie, der Gemeinde, in der er aufwächst, und dann bis hin zum Betrieb, zur Stadt und zum Land, zu dem er eine Identitätsbeziehung entwickelt.

Der Mensch ist sich dessen bewusst dass er in eine Umwelt versetzt ist, in der und durch die er seinen Lebensunterhalt bekommt. Der Mensch ist zugleich ein Sozial- und ein Öko-wesen. Als erstes lernt er das zweite zu schätzen und zu bewahren.

Die Wirtschaft steht nicht am Anfang des katholischen Menschenbildes. Sie ist ein Teil der Strukturierung der Gesellschaft. Es gibt wohl kein Wirtschaftssystem dass einfach eine Gabe der Natur wäre. Jede Wirtschaftsordnung, weil sie von Menschen für Menschen gedacht und entfaltet wird, ist ein Ergebnis der Kultur. Sie ist mit allen anderen Merkmalen einer Kultur verbunden, sie beruht auf Werten. Die Wirtschaftsordnung steht in der Verantwortung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft aber hat als Ziel das Gemeinwohl. Das Gemeinwohl ist nicht die Summe der Einzelinteressen. Die Gesellschaft ist ein Subjekt, das für die Entfaltung der Personen da ist. Ihre Aufgabe ist es, eine gerechte Wirtschaftsordnung zu gestalten. Das kann sie aber nur tun „bei laufendem Betrieb“, denn während neue Wege für die Zukunft geplant werden, muss gleichzeitig für den Alltag gesorgt werden. Da liegt gerade die Schwierigkeit. Wir befinden uns im Augenblick in einem solchen Prozess.

7. Die Suche nach den ethischen Werten, die einer Wirtschaftsordnung zugrunde liegen sollen, ist umso schwieriger, als wir in einer pluralistischen Gesellschaft, ja sogar in einer Weltgesellschaft leben, in der wir zusammen mit allen anderen gemeinsame Grundsätze ausfindig machen müssen.

Es gibt Strömungen, die behaupten, es sei hoffnungslos, in der heutigen Welt auf Gemeinsames zu bauen. Der theoretische Relativismus schließt eine solche Möglichkeit a priori aus. Dann gilt nur noch die Macht der Stärkeren. Diese Haltung ist das, was gerade passiert, und bedeutet das Ende der Ethik.

8. Es gibt verschiedene Wege auf denen man eine gemeinsame Ethik findet. Die eine untersucht in den Weltreligionen und Kulturen die gemeinsamen Forderungen für ein menschliches Handeln. Das ist zum Beispiel das Werk von Hans Küng und des Parlaments der Weltreligionen. 1993 wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der die Grundlage eines Weltethos herausgearbeitet wurde. Sie lautet: „ Mit Weltethos meinen wir einen Grundkonsens bezüglich bestehender verbindender Werte, unverrückbarer Maßstäbe und persönlicher Grundhaltungen. Ohne einen Grundkonsens im Ethos droht jeder Gemeinschaft früher oder später das Chaos oder eine Diktatur und einzelne Menschen werden verzweifeln“. H. Küng, *Weltethos christlich verstanden*, Herder, 2005, S. 45)

Die katholische Ethik folgt einem anderen Weg, um einen Grundkonsens zu bewirken. Sie behauptet, dass es nicht genügt, gemeinsame ethische Werte festzustellen und sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Statistik bewegt nicht die innere Überzeugung, die vorhanden sein muss, wenn es um die Ethik geht. So ist der katholische Ansatz anthropologisch. Es geht um das Menschliche im Menschen als Zentrum einer gesellschaftlichen Ordnung, wie wir sie unter dem Begriff Naturgesetz verstehen.

Die katholische Sozialethik meint, dass es ein universales Humanum gibt, das nicht nur statistisch beobachtet werden kann, sondern metaphysisch von Wesen des Menschen abgeleitet wird.

IV. Kritik am Markt

9. Die Bedrohungen durch den freien, sich selbst überlassenen Markt sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung, zumal ihre Auswirkungen von keinen angemessenen Institutionen kontrolliert werden können. Im Laufe der Jahre hat die katholische Sozialethik ihre Kritik an die Marktwirtschaft erheblich verschärft:

- 1931 heißt es: Das liberale Wirtschaftsmodell konzentriert die Macht in den Händen weniger Konzerne, nimmt dem Begriff der politischen Verantwortung die tatsächliche Wirklichkeit, die zunehmend nur noch Schein ist, und ersetzt die Entscheidungsfreiheit der Person durch die Herrschaft der Wirtschaft im Leben und im Denken. Wirtschaftsorientierte Denkmodelle haben zur Folge, dass alles käuflich ist (Enzyklika *Quadragesimo anno* 117).

- 1967. In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen starken und schwachen Geschäftspartnern sind frei ausgehandelte Preise ungerecht (Enzyklika *Populorum progressio*).

- 1971. Der ökonomische Liberalismus zerstört die Beziehung zwischen Freiheit und Solidarität. Er meint, die Solidarität sei das passive Ergebnis des freien Austauschs, wo jedes Individuum seinen eigenen Interessen nachgeht. Dagegen ist die Solidarität ein Ziel, das die Gesellschaft sich setzen muss (Schreiben *Octogesima adveniens* 35).

- 1991. Der Liberalismus führt zu Ausgrenzungen innerhalb der Nationen sowie zwischen Partnern im internationalen Bereich. Der Markt allein ist nicht imstande, alle Bedürfnisse der Menschen zu decken (Enzyklika *Centesimus annus* 33).

- Man hat behauptet, die KSE sei eine anti-liberale und eine anti-Markt-Ethik. Das ist übertrieben. Jedoch ist ein Punkt festzuhalten: Nicht der Markt, nicht die Herstellung und der Austausch von Gütern und Dienstleistungen, sondern der Mensch in der Gesellschaft ist das Maß der Wirtschaftsordnung.

10. Unter den unkontrollierten Konsequenzen der Globalisierung seien folgende erwähnt: Deregulierung der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen, Abkoppelung der Finanzmärkte von der realen Wirtschaft, Weltaktienmärkte für kurzfristigen Gewinn, Spekulation auf antizipierte Gewinne, Verlagerung von Arbeitsplätzen, Massenmigrationen, kulturelle Konflikte, Ausgrenzung von immer mehr verarmten Menschen.

Die letzte Sozialenzyklika von Papst Johannes Paul II., *Centesimus Annus* (1991) ist wohl das einzige päpstliche Dokument, das eine kurze Analyse des Marktmechanismus liefert. Es betont, dass „der freie Markt das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse“ ist. Allerdings nur für jene Bedürfnisse, die „bezahlbar“ sind, die über eine Kaufkraft verfügen, und für jene Ressourcen, die „verkäuflich“ sind und damit einen angemessenen Preis erzielen können. Es gebe aber unzählige Bedürfnisse, die nicht vom Markt befriedigt werden können.

11. Die KSE hat sich gegen den absoluten Liberalismus ausgesprochen sowie gegen den realen Sozialismus, der als Staatskapitalismus von ihr bezeichnet wird. Als Idealtypus wird eine *Gesellschaftsordnung der freien Arbeit, der Unternehmen und der Beteiligung* der Arbeitnehmer am Produktivvermögen gewünscht. „[Die KSE] stellt sich keineswegs gegen den Markt, sondern verlangt, dass er von den sozialen Kräften und vom Staat in angemessener Weise kontrolliert werde, um die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu gewährleisten „, (*Centesimus annus* 35).

-Es ist nicht Aufgabe der KSE, ein fertiges Modell anzubieten. Die KSE bewegt sich auf der Ebene der Werte und der Prinzipien. Sie unterstützt jene sozialen und ökonomischen Einrichtungen, die dem christlichen Bild vom Menschen als einem sozialen Wesen entsprechen.

- Die Kritik der KSE gilt dem Gesellschaftsmodell des liberalen Kapitalismus, in dem der Markt die letzte und oberste Regulierungsinstanz der Gesellschaft ist, der die Werte, die die Gesellschaft tragen und gestalten, sich selbst unterordnet. Der freie Markt braucht und schafft Individualismus und Relativismus. Die KSE vertritt dagegen die Auffassung, die Suche nach der Wahrheit sei ein Verlangen der Vernunft. Ihr Ansatz ist ethischer Natur und gilt für alle Gesellschaftsordnungen. Dieser Diskurs ist grundsätzlich derselbe zu Zeiten Leo XIII. im 19. Jahrhundert, in einer Zeit der Ausbeutung des Proletariats, wie heute zu Zeiten der Globalisierung. Wo nur der Markt das letzte Wort hat, ist der Mensch in den Hintergrund gerückt.

12. Die Ethik ist nicht nur um den richtigen Platz des Menschen im Wirtschaftssystem besorgt. Sie stellt sich auch die Frage nach dem Ergebnis des wirtschaftlichen Handelns. Was wird auf dem Markt angeboten? Was wird nachgefragt? Es ist nicht ethisch gleichgültig, ob wir Kompetenz, Talent und Kapital für die Bewahrung der Schöpfung, die Ernährung von einer Milliarde hungernden Menschen einsetzen oder ob wir chemische Waffen, Kriegsmaschinen oder Atomkraftwerke an finstere Regimes verkaufen, die den nächsten Krieg vorbereiten. Nicht alles, was nachgefragt wird, ist wünschenswert und menschenwürdig. Wenn es in der Zukunft eine nachhaltige Entwicklung geben soll, dann ist an uns alle in unseren Konsum-Gewohnheiten eine Frage gestellt. Nicht, was die Ressourcen der Natur beeinträchtigt, nicht, was die Menschen feindlich einander gegenüberstellt, nicht, was dem Laster dient, ist gut für den Menschen und die Gesellschaft. Das heißt, dass der Markt sich von innen nach ethischen Produkten regulieren muss. Die Wirtschaft sollte für das sorgen, was gut für die Menschen ist, und allen Beteiligten die Möglichkeit anbieten, ihre Leistung einzubringen.

V. Drei Herausforderungen an die SMW.

Ein ethischer Ansatz für einen Kurskorrektur könnte sich in drei Richtungen entfalten im Hinblick auf:

- Menschliche Arbeit und Beschäftigung in der sozialen Marktwirtschaft,
- Arbeit und Kapital im wirtschaftlichen Entscheidungsprozess,
- unsere globale Verantwortung gegenüber der Umwelt.

Arbeit

13. Vom Menschen als sozialem Wesen ausgehend stoßen wir unmittelbar auf den Begriff Arbeit. Der Weg vom Menschen zur Wirtschaft geht durch die Arbeit. Die Arbeit gehört zum Menschen, weil er dadurch sein Wesen verwirklicht und für seinen Unterhalt sowie den seiner Familie aufkommen kann.

Der erste Satz der Wirtschaft in Sinne der KSE lautet: die Wirtschaftsordnung sollte so ausgebaut werden, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können. Arbeit ist nach der KSE keine Ware, die man auf dem Markt austauscht (Enzyklika *Rerum novarum* 34). Das Verkäufliche hat nicht Vorrang vor dem Menschlichen. Freiheit und Wettbewerb müssen mit Beschäftigung für alle verbunden werden.

Durch Ortsumsiedlung und internationale Konkurrenz werden Arbeitsplätze vernichtet. Der internationale Freihandel ist zwar theoretisch das beste System für Preisminderung, aber nicht für Qualität und auch nicht für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Schließlich geht es um den Arbeitnehmer. Ist er eine Variable unter anderen im Produktionsprozess oder kommt ihm eine Sonderstellung zu? Nach landläufiger Vorstellung ist Arbeit ein Kostenfaktor, während Kapital und Produktion ein Vermögen bilden. Arbeit hat aber mit Menschen zu tun, mit dem Leben ihrer Familie, mit ihrer Eingliederung in die Gesellschaft. Arbeit und Beschäftigung ist ein Teil der Identität einer Person.

14. Zum Verhältnis von Arbeit und Wirtschaft und im Besonderen von Arbeitsplatz und freiem Markt hat die KSE folgende Anregungen vorgetragen.

In der Enzyklika *Laborem exercens* (1981) hat Johannes Paul II den Begriff direkter und indirekter Arbeitgeber benutzt. Obwohl dieser Gedanke wenig aufgenommen wurde, enthält er in der heutigen wirren Lage eine recht herausfordernde Bedeutung. Unter indirektem Arbeitgeber wird das ökonomische Umfeld jedes einzelnen Betriebs gemeint, das die Leistung dieses Betriebes ermöglicht oder fördert: Banksystem, Versicherung, Infrastrukturen wie Energieversorgung oder Transporte, Sicherheit, Steuerpolitik des Staates, der für Ausgleich und Verteilung sorgt, auch „die kollektive(n) Arbeitsverträge und festgelegte Verhaltensprinzipien“ (LE 17). Dass ein Unternehmen nur denkbar funktionieren kann in einem Zusammenhang von Diensten und Bedingungen ist kaum zu verkennen. Die Frage ist nun: hat auch der indirekte Arbeitgeber eine Verantwortung dem Arbeitnehmer gegenüber in seinem jeweiligen Betrieb? Letztendlich verweist die Enzyklika auf die Verantwortung des Staates, der die Aufgabe hat, „eine gerechte und überlegte Koordinierung“ durchzuführen „in deren Rahmen die freie Initiative der einzelnen Personen, der unabhängigen Gruppen, der örtlichen Betriebe und Unternehmen garantiert sein muss“ (LE 18).

Heute müsste man diesen Gedanken noch breiter auf die gegenseitige Anhängigkeit der globalisierten Wirtschaft und der einzelnen Staaten ausdehnen, so dass man sich fragen muss: sind wir wirklich in der Lage, den indirekten Arbeitgeber konkret zu umschreiben oder bleibt es bei einem undifferenzierten Wunsch, der Sache näher zu kommen?

15. Bislang hat der Staat die Rolle des Ausgleichs wahrgenommen, indem er Hilfeleistungen für die Arbeitslosen und ihren Lebensunterhalt sichert. Der indirekte Arbeitgeber tritt aber nicht dort ein, wo es nötig wäre, das heißt bei der Einstellung und beim Aushandeln des Arbeitsvertrags. Nicht der Staat, sondern der Markt schafft oder vernichtet Arbeitsplätze. Hier liegt die ethische Herausforderung an das Wirtschaftssystem. Soll die Arbeit auf jeden Fall von der Konjunktur und vom Weltmarkt abhängig bleiben? Kann der indirekte Arbeitgeber im Fall des Versagens des direkten Arbeitgebers diesen im Arbeitsvertrag ersetzen? Mit anderen Worten, ist es Aufgabe des Staates, die Misserfolge des Marktes auszugleichen?

Bewegen wir uns dann noch im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft? Manche Analysen und Vorschläge gehen in diese Richtung und beurteilen ein solches System als eine Erweiterung des sozialen Schutzes, der heute der arbeitslos gewordenen Person zuteil wird. Statt die Lücke des Marktes zu schließen, würde die Gemeinschaft, im Konkreten der Staat als Verwalter der Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Lebens, jedem arbeitsfähigen Menschen einen virtuellen oder indirekten Arbeitsplatz sichern, der sich in einen direkten Arbeitsplatz verwandeln würde, sobald er vorhanden ist und angenommen wird. So bliebe die Betriebsfreiheit erhalten, jemanden anzustellen und - wo nötig - zu entlassen, wie auch die Freiheit des Einzelnen, die Tätigkeit zu wählen, die ihm gefällt. Der Markt wird nicht angetastet, nur die lähmenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die gesamte Gesellschaft.

Nun, das bedeutet, dass der indirekte Arbeitgeber direkt in einer Übergangszeit einen Arbeitnehmer unterhält. Dann wird er zum direkten Arbeitgeber. Für welche Leistung kann er ihn entgelten? Für Arbeit im Interesse der Allgemeinheit. Die Gesellschaft braucht Infrastrukturen, die Arbeitnehmer brauchen Umschulung und Weiterbildung, denn es gibt Bedürfnisse, die nicht befriedigt sind, sowie häusliche Dienste für Personen. Dies sind Aufgaben, die einer „gerechten Gesamtplanung“ zukommen. Die Erweiterung des Angebots an Dienstleistungen würde auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft zur Folge haben. Der Arbeitsuchende hätte die Sicherheit, in seinem Berufsleben nie auf Dauer unbeschäftigt zu bleiben, selbst wenn er sich auf Mobilität einstellen muss.

Kapitaleigentum und soziale Verantwortung.

16. Der grobe Gegensatz zwischen Kapitaleigner und Arbeitnehmer ist heute -wohl nicht überall- überholt. Die letzten Entwicklungen haben aber gezeigt, wie tief die Kluft werden kann, wenn Kapital zu unpersönlichen Investitionsfonds wird, die keine Rücksicht auf die realen Verhältnissen eines Betriebes nehmen. Der Markt erstickt an unwirtschaftlichem Verhalten, das nur auf kurzfristigen Profit eingestellt ist. Ein Widerspruch besteht, wenn Kapital, Management und Arbeit allzu oft ihren eigenen Interessen folgen und das gemeinsame Interesse des Betriebs aus den Augen verlieren.

Die Beteiligung der Beschäftigten am Kapital und am Mitbestimmungsprozess wird von der KSE gefordert. In der globalisierten Großindustrie, die ihr Kapital auf den Weltbörsenmärkten sucht, wo die führenden Kreise sich als bestechbar erweisen können, wo die Produktionseinheiten auf dem ganzen Globus verteilt sind, schwindet der Begriff „gemeinsames Interesse“ oder Gemeinwohl.

Da aber das Gemeinwohl das Ziel aller Gesellschaftsformen darstellt, ist es Aufgabe der Gesellschaft, durch die Gesetzgebung das Verhältnis von Kapital, Management und Arbeit so zu gestalten, dass die Verteilung des Gewinnes nicht ungleichmäßig erfolgt, sondern dass Kapital, Management und Arbeit in ausgewogenem Maße auf Dauer daran Anteil haben.

Im globalen Markt liegt die Schwäche der sozialen Marktwirtschaft darin, dass sie sogar in Europa nur begrenzt praktiziert wird. Es nutzt wenig, sich an Werte zu halten, die von den Partnern auf anderen Kontinenten nicht in Betracht gezogen werden.

Die Umwelt.

17. Es ist kaum zu leugnen, dass nun das Thema Umweltschutz in das Bewusstsein der Menschen eingegangen ist, auch in jenen Staaten der Welt, die auf Grund der freien Marktwirtschaft solche Besorgnisse den anderen überließen. Dieses Thema bewegt ein Kernprinzip der KSE, nämlich das Prinzip der allgemeinen Bestimmung der Güter der Erde. Dieser Begriff mag anspruchsvoll ausklingen. Er bestimmt aber einen Eckstein des Gesamtgebäudes der KSE. Er ist in der biblischen Offenbarung verwurzelt und steht hinter dem Prinzip des Gemeinwohls.

„Allgemeine Bestimmung“ heißt auch, dass alle Menschen durch ihre Arbeit oder durch Solidarität Anteil haben an den Früchten der Güter dieser Welt. Die Güter als Ganzes sind für die Menschheit als Ganzes bestimmt. Ethisch korrektes Handeln hat dafür zu sorgen, dass durch die vielfältige Vermittlung der Produktion, des Austausches und der Verteilung alle Menschen ein würdiges Leben führen können.

Die erste Regulierungsinstanz, die die Weltwirtschaft braucht, ist ein ausgewogener Zugang zu Energiequellen, zu den Ressourcen der Natur, deren begrenzte Güter zum Unterhalt unseres Lebens auf Dauer zu sichern sind.

Wo man sich des Prinzips der allgemeinen Bestimmung der Güter der Erde zu Eigen macht, haben die Menschen eine ganz andere Vorstellung von Gesellschaft und Wirtschaft. Dieses Prinzip stellt den allumfassenden Horizont dar, in dem wir leben und wirtschaften. Die Güter der Natur stehen uns zur Verfügung, aber in begrenztem Maße. Manche Güter, die wir rücksichtslos verwirtschaftet haben, erscheinen uns heute als kostbare Güter wie Wasser und Luft. Wir haben in manchen Erdteilen die Natur so verwüstet, dass die Schäden niemals mehr ersetzt werden. Eine Reflexion über die Regulierung der Wirtschaft muss von einem Grundkonsens über Umweltschutz ausgehen. Keine Wirtschaft ohne nachhaltige Entwicklung. Dies bedeutet, dass wir weltweit unsere Konsumgewohnheiten und vielleicht auch unsere Wertehierarchie umdenken. Wer ist dazu bereit?

Schlusswort: Wer reguliert was?

18. Die Frage bleibt offen, ob es einen solchen Konsens geben kann. Die KSE hat sich dadurch ausgezeichnet, dass sie sich seit 60 Jahre für eine wirkliche Weltautorität eingesetzt hat. Es war die Enzyklika Papst Johannes XXIII. *Pacem in terris*, die bemerkte, dass auf jeder Ebene wo ein Gemeinwohl zu verteidigen ist, es eine entsprechende Autorität geben muss, die für dieses Gemeinwohl einsteht. Es muss Regulierungsorgane geben mit eigener

Legitimierung für die großen Gleichgewichte sorgen: die Frage des Umweltschutzes, der Energieversorgung, der Finanzmärkte, der Agrarproduktion. Dies ist bisher schon auf nationaler Ebene äußerst schwierig gewesen, umso schwieriger auf europäischer und Weltebene.

Leiter haben wir feststellen müssen, dass die Europäische Union diesbezüglich einen Rückschlag erlebt hat. Die Verfassung, die im Jahre 2007 von Frankreich und Niederlande abgewählt worden ist, hatte die Soziale Marktwirtschaft als Ziel für die Mitgliedstaaten vorgeschrieben. Nun sind wir wieder eine Union souveräner Staaten geworden, und das Gespräch in Sachen Wirtschaft wird auf nationaler Ebene geführt. Dies kann vielleicht unter dem Druck der Not wieder korrigiert werden.

Es liegt nicht in der Zuständigkeit der KSE, präzisere Vorschläge in Richtung Regulierung der Weltwirtschaft zu machen. Unsere Aufgabe ist eigentlich viel schwieriger. Wir müssen überzeugen können. Das versuchen wir im Rahmen einer Weltanschauung, die wir als der Wirklichkeit entsprechend verstehen. Das Naturgesetz, das sich aus der Struktur des Wesens des Menschen mittels der Vernunft erkennen lässt, bildet den Horizont.

Nicht äußere Maßnahmen können das notwendige Umdenken unserer Art zu leben in Gang bringen. Die Menschen wollen glücklich leben. Dafür haben wir die Mittel. Nicht alle Mittel sind ökonomischer Natur. Die Ökonomie ist zwar die Grundlage, die viel anderes ermöglicht. Sie steht aber im Dienste für eine gerechte Gesellschaft und im Dienste des Menschen in seiner zu verantwortenden Freiheit.

Prof. Dr. Roland Minnerath
Erzbischof von Dijon